

sicher, weshalb beschlossen wurde, ihre Funktionen nach und nach einer anderen Gruppe zu übertragen.

Der Übernahme der ADK-Pflichten durch die DDA stehen keine Hindernisse entgegen. DDA-Admiral Sorge und sein Stellvertreter, Alexander von Hase, entstammen beide der „Arbeitsgemeinschaft“, ebenso der Geschäftsführer der neuen Aktion, der ehemalige RAD-Oberstfeldmeister Erich Sander, der bei der ADK zum Bezirksbeauftragten für Bonn und den Siebkreis avancierte.

Die DDA-Spitzenfunktionäre vermeiden einstweilen sorgfältig jeden öffentlichen Hinweis auf die Existenz der neuen Wahlkampf-Brigade. Sander zum Beispiel firmiert gegenwärtig noch als Geschäftsführer des „Bundes der Notgemeinschaften ehemaliger berufsmäßiger Arbeitsdienstangehöriger und ihrer Hinterbliebenen e. V.“

Die auf Tarnung bedachten deutschdemokratischen Aktionäre — zur Zeit etwa 130 an der Zahl — störte es auch nicht, daß nordrhein-westfälische Verfassungsschützer der verdächtigen Namensgebung mißtrauten und damit die Registereintragung des Vereins hinauszögerten.

Schließlich ließen sich die Schutzorgane vom Wortlaut der Vereinsstatuten überzeugen: DDA-Aspiranten, die dem Verein erst auf Vorschlag eines bereits eingeschriebenen Mitglieds beitreten dürfen, haben danach bei ihrer Aufnahme einen Revers zu unterschreiben: daß sie sich

- ▷ „jederzeit für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ und
- ▷ „für deren Sicherung und Verteidigung gegen jede Form von Totalitarismus und jede Art der inneren und äußeren Bedrohung“ einsetzen wollen.

Dem Verein (Sander: „Wir sind ein Zusammenschluß zur Verstärkung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit“) war



DDA-Geschäftsführer Sander  
CDU-Arbeitsdienst in Reserve

es gleichgültig, daß sich im Februar 1959 das Komitee „Rettet die Freiheit“ mit einem Organisationsschema konstituierte, das nahezu wörtlich von dem der „Deutschen Demokratischen Aktion“ abgeschrieben war. Die DDA-Mitglieder empfanden sogar Freude darüber, wie der Freiheits-Verein im Bonner Nahkampf binnen Jahresfrist auseinandergenommen wurde.

Die „Deutsche Demokratische Aktion“ erwartet vielmehr geduldig den Tag, an dem sie die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ als CDU-Wahlkampfkolonne ablösen darf.

Die im Dezember 1951 von dem damaligen Kanzler-Staatssekretär Dr. Otto Lenz und dem schleswig-holsteinischen CDU-Kreistagsabgeordneten Hans Edgar Jahn gegründete ADK gehörte 1953 und 1957 zu den stärksten Wahlkampfhelfern der CDU, obwohl die SPD nichts unversucht ließ, den einstigen NS-Führungsoffizier Jahn wegen seiner tolpatschigen Reden anzuschwärzen. Jahn 1954: „Die Demokratie hat es nicht verstanden, die Menschen an ihre Verantwortung zu erinnern. Die zukünftige Truppe wird ein besseres demokratisches Gefühl haben als die zivile Regierung und die Volksmenge.“

Noch während des letzten Bundestagswahlkampfes gab der sozialdemokratische Parteivorstand einen 13 Seiten langen Bericht über ADK-Machenschaften heraus, und auch für das kommende Jahr haben wohlinformierte SPD-Redakteure schon passende Enthüllungen auf Lager. Um so verblüffter waren die SPD-Manager, als sie nun die einstweilen unangreifbare, weil bescheiden auf Abruf wartende Organisation namens „Deutsche Demokratische Aktion“ entdeckten.

Die mit wahlkampferefahrenen Routiniers besetzte „Aktion“ hat bis heute nicht mehr als drei „Informationstagungen“ abgehalten. Auch ihre Delegiertenversammlungen berief sie nur ein, um dem Registergericht keinen Anlaß zum Mißtrauen zu bieten.

Die sechs Fachausschüsse, unter ihnen je einer für Wehrpolitik und Publizistik, stehen bislang nur auf dem Papier, können aber jederzeit mit erprobten Kräften aus der Taufe gehoben werden: Dem Unternehmen wird der großzügig organisierte Apparat der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“, die keine Mitglieder, nur Mitarbeiter kennt, rechtzeitig zu Beginn der Wahl-schlacht zur Verfügung gestellt.

POSTSTEMPEL

Geh mit der Zeit

Seit nun schon zehn Monaten sind S Mitarbeiter des Bundespostministers Stücklen damit beschäftigt, eine sogenannte Grundsatzentscheidung über die Frage herbeizuführen, was unter dem „politischen und religiösen Inhalt“ eines postalischen Stempels zu verstehen sein soll.

Die Stücklen-Beamten sind dabei in einer etwas verzwickten Lage: Die geplante Grundsatzentscheidung muß berücksichtigen, daß die Post für alle da ist und daher dem einen Postbenutzer nicht gestatten kann, was sie einem anderen verweigert. Zugleich muß die Entscheidung aber plausibel machen, weshalb die Bundespost von diesem Neu-

noch montagsmüde ?



dann schnell einen

Zaren Kaffee

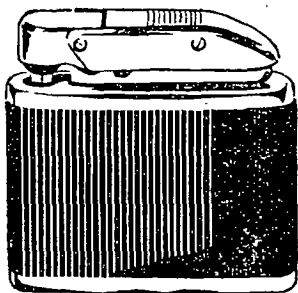
35 Vol. 0/0

\* ZAREN-KAFFEE ist kein süßer Likör, sondern besitzt ein sehr kräftig ausgeprägtes Kaffee-Aroma. Heute liebt man die herbe Richtung! Deshalb gehört in Ihre Hausbar: ZAREN-KAFFEE. Der fertige „Kaffee“ auch nach dem Essen — stärkt, macht munter, regt an und wärmt auf. Aber auch Ihre Gattin und Geschäftsfreunde trinken solchen „Kaffee“ gerne! Übrigens, ZAREN-KAFFEE kommt aus dem Hause Anton Riemerschmid mit 125jähriger Tradition — Herstellerin des weltbekannten ESCORIAL grün 56 %! ZAREN-KAFFEE in der originellen, richtigen weißen Kaffee-Kanne 1/1 DM 14,60, 1/2 DM 7,75



Frauen lieben ihn -  
Männer schätzen ihn

Zaren Kaffee



Ihr  
gas  
feuer  
zeug

mit dem farbschönen Nylonmantel,  
besonders leicht. Zuverlässig  
wie sämtliche Consul-Erzeugnisse.

  
CONSUL

GEBRÜDER KÖLLISCH NÖRNBERG

tralitäts-Prinzip in der Vergangenheit des öfteren abgewichen ist.

Daß die Bonner Postfachleute sich mit einem derart strapaziösen Problem abmühen müssen, ist dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Peter Jacobs zuzuschreiben. Jacobs, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Trier, befand eines Tages, die Geschäfte seiner Parteidienststelle seien nur noch unter Zuhilfenahme einer Frankiermaschine zu bewältigen.

Er wandte sich deshalb an die Frankfurter „Freistempler Gesellschaft mbH“, eine der beiden Firmen in Deutschland, die von der Vermietung von Frankiermaschinen existieren, und beantragte die Überlassung eines solchen Geräts — Marke „Postalia“ — gegen eine monatliche Gebühr von 30 Mark.

Der Postalia-Apparat, so hatte Jacobs kalkuliert, werde künftighin nicht nur das Belegen von Briefmarken im Trierer SPD-Büro überflüssig machen, sondern den Sozialdemokraten an der Mosel auch noch ein Stück Werbearbeit abnehmen.

Laut Postordnung steht dem Besitzer eines „Absenderfreistemplers“ — so die postalische Fachbezeichnung für Frankiermaschinen — nämlich „der zwischen dem Tagesstempel und dem Gebührenstempel ... verbleibende Raum ... zur geschäftlichen Werbung durch Inschriften oder bildliche Darstellungen ... zur Verfügung“.

Also gab MdB Jacobs bei den Frankfurter Freistemplern auch noch ein Werbe-Klischee in Auftrag und wählte als Text, was an der Bonner SPD-Zentralbaracke seit langem plakatiert ist: „Geh mit der Zeit, geh mit der SPD.“ Nun hatte Jacobs nur noch auf einen Bescheid der zuständigen Oberpostdirektion zu warten, die Stempel und Spruch in jedem Fall zu genehmigen hat. Es war Mitte Oktober vergangenen Jahres.

Sechs Wochen später traf der Bescheid der Oberpostdirektion Trier endlich ein. Er lautete allerdings anders, als Jacobs erwartet hatte. Die Trierer Post teilte mit, der SPD-Antrag sei nach Bonn an das Bundespostministerium weitergeleitet worden.

Den Postdirektoren war aufgefallen, daß der sozialdemokratische Freistempler-Slogan nicht unbedingt den Bedingungen entsprach, die für Frankiermaschinen in der Postordnung enthalten sind.

Dort heißt es über freigestempelte Werbesprüche: „Die Angaben oder Abbildungen dürfen den Einrichtungen der Deutschen Bundespost nicht abträglich sein, nicht gegen die Gesetze... das öffentliche Wohl oder die guten Sitten verstoßen und keinen politischen oder religiösen Inhalt haben.“

Diese Bestimmung entspricht der allgemeinen Post-Anweisung, wonach die Post sich als Bestandteil der öffentlichen Verwaltung ideologischer Abstinenz zu befleißigen hat — ein Satz, der freilich nur dann Sinn hat, wenn er konsequent befolgt wird und nicht nur für Postkunden, sondern auch für die Post selber gilt.

Gerade der Oberpostdirektion zu Trier mögen Zweifel gekommen sein, ob es mit diesem Prinzip noch seine Richtigkeit habe: Von Trier aus waren im vergangenen Jahr zahllose Briefschaften mit einem Stempel zweifellos

religiösen Inhalts in alle Welt versandt worden.

Unter dem 10. Juli 1959 hatte der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen zur Feier der Ausstellung des „Heiligen Rocks“ die Einrichtung von gleich vier Sonderpostämtern in Trier verfügt, in denen die Beamten zwei Monate lang religiöse Stempel auf die eingelieferten Sendungen drückten. Text: „Hl. Rock-Wallfahrt 19. 7. — 20. 9. 1959“. Bildliche Darstellung: Heiliger Rock nebst Kreuz.

Ohne auf die Gefühle von Protestanten und freien Denkern die amtlich vorgeschriebene Rücksicht zu nehmen, hatte Stücklens Ministerium auch die Ausgabe einer Heilig-Rock-Briefmarke — Wert 20 Pfennig, Auflage 20 Millionen Stück — verfügt, die nicht nur für die Dauer der Rock-Schau gültig



Verhinderter Freistempler Jacobs  
Keine Antwort aus Bonn

blieb, sondern noch bis zum 31. Dezember 1961 geklebt werden darf.

„Angaben oder Abbildungen ... politischen oder religiösen Inhalts“ sind auf Wertzeichen der Deutschen Bundespost auch sonst schon zu finden gewesen, so auf den Sondermarken Erster Deutscher Bundestag (1949), Martin Luther (1952), Zehn Jahre Vertreibung (1955), Evangelischer Kirchentag und Deutscher Katholikentag (1956 und 1958) und Passionsspiele Oberammergau (1960). Auch bei Sonderstempeln hat die Bundespost sich nicht immer kleinlich gezeigt. So gestattete sie den Veranstaltern des 6. Bundestreffens deutscher Fallschirmjäger im Mai 1959 in Freiburg sogar die Benutzung eines Stempels mit dem Fallschirmjäger-Abzeichen (ohne Hakenkreuz).

Angesichts dieser zahlreichen Ausnahmen vom Grundsatz der postamtlichen Wertfreiheit im politischen und religiösen Bereich schien es den Trierer

Postmännern angezeigt, über den Fall des sozialdemokratischen „Geh mit der Zeit“-Stempels ein Bonner Dekret herbeizuführen.

Bald lag auch ein erster Zwischenbescheid vor. Mitte Dezember vorigen Jahres erfuhr Jacobs im Postministerium, daß mit einer Entscheidung über seinen Antrag nun „im Laufe der nächsten Woche“ zu rechnen sei.

Indes, erst nach nochmaliger Rückfrage teilte das Stücklen-Ministerium schließlich unter dem 8. Februar 1960 mit: „Zu meinem Bedauern konnte über den Antrag ... bisher nicht entschieden werden, da eine Grundsatzentscheidung zu treffen ist. Ich bitte um Ihr Verständnis und werde Ihnen sobald wie möglich weitere Mitteilung zugehen lassen.“

Inzwischen hatten die westdeutschen Oberpostdirektionen — bar jeder neuen Order aus Bonn — in Sachen Freistempeler nach eigenem Gutdünken entschieden. Die Oberpostdirektion Kiel zum Beispiel ließ den „Geh mit der Zeit“-Spruch zu, den die Kieler Sozialdemokraten für ihre Frankiermaschine bestellt hatten.

Den südhessischen Sozialdemokraten aber wurde derselbe Spruch von der Oberpostdirektion Frankfurt verboten. Als die Hessen mit dem Hinweis protestierten, die Parteifreunde in Kiel dürften den Spruch stempeln, hatte das zur Folge, daß die Kieler Genehmigung rückgängig gemacht wurde.

Unterdes sinnierten die Bonner Postbürokraten noch immer über ihrer Grundsatzentscheidung. Noch einmal — im letzten Juni — ließ MdB Jacobs anfragen, welches Ergebnis das angestrebte Nachdenken im Hause Stücklen wohl gezeitigt habe — doch erhielt er nie mehr Antwort. Bis heute muß die SPD-Geschäftsstelle in Trier auf ihr Frankiergerät verzichten.

Nur in der Bonner Baracke, dem Hauptquartier der SPD, sind die politischen Stempeler ungehindert in Betrieb. Ihr Werbespruch: „Selbständig Politisch Denken.“

## SOWJETZONE

### ZITAT

„Der Tod Piecks ist für keinen ein Verlust, da er schon länger gelähmt war und unschwer durch einen anderen Kommunisten — man spricht von Grotewohl oder Matern — ersetzt werden kann.“ (Das „Würzburger Katholische Sonntagsblatt“ zum Tode des DDR-Präsidenten.)

### STAATSRAT

#### Der Würdigste

Mit der Akkuratess, die langjährige Übung verleiht, schnellten die 337 anwesenden Abgeordneten der DDR-Volkskammer von ihren Sitzen und rührten ihre Hände zum Applaus erster Güte. Ministerpräsident Otto Grotewohl beugte sich, melancholisch lächelnd, vor und reichte dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Hand: Walter Ulbricht — Volkskammer-Präsident Dieckmann: „der Würdigste unter uns“ — war einstimmig zum Vorsitzenden des eben durch Akklamation ge-



Unter  
Kennern  
heißt  
Cognac:

*Bisquit*

***	DM 19,50
VOCH	DM 23,—
Fine Champagne VSOP	DM 25,50
NAPOLEON	DM 44,—
EXTRA VIEILLE	DM 68,—



*Bisquit Dubouché & Co*